

Helfen heißt Verantwortung übernehmen

Antragstext

1 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zwingen den Staat zu wirtschaftlichen
2 Stützungsmaßnahmen. Dieses Eingreifen ist richtig, darf aber nicht zur
3 Herstellung des Status quo ante führen. Politisches Handeln ist nicht neutral
4 und kann es auch in diesem Fall nicht sein – ein Staat, der sich den Pariser
5 Klimazielen und den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen
6 verpflichtet hat, darf diese bei Konjunkturmaßnahmen nicht unterlaufen. Im
7 Gegenteil, er hat die Chance und die Pflicht, diese Ziele aktiv zu verfolgen.
8 „Do no harm“ reicht nicht aus, wenn Hunderte von Milliarden Euro an
9 Finanzmitteln freigesetzt werden, sie müssen die gesellschaftliche
10 Transformation zu den selbst gesteckten Zielen voran bringen. Diesen
11 Anforderungen wird das von der Bundesregierung im Juni 2020 geschnürte
12 Konjunkturpaket nicht gerecht – Klimaschutz, Nachhaltigkeit und konjunkturelle
13 Impulsprogramme stärker zusammen denken ist das Gebot der Stunde! Wir als BAG
14 Wirtschaft und Finanzen sind der Auffassung, dass sich staatliches Eingreifen
15 zur konjunkturellen Stabilisierung an fünf zentralen Kriterien messen lassen
16 muss, von denen einige in der öffentlichen Debatte bislang zu kurz kommen.

17 **1. Konjunkturlösungen transformativ gestalten**

18

19 Es ist essenziell, dass Programme, die die Konjunktur in Deutschland und Europa
20 zu stimulieren versuchen, tatsächlich transformativ wirken und insbesondere der
21 Erreichung der Pariser Klimaziele und der Ziele der UN Agenda 2030 („Social
22 Development Goals“) dienen. Sie müssen die besonders betroffenen unteren
23 Einkommen zielgerichtet entlasten, sowie die europäische und globale Solidarität
24 fördern.

25 Pauschale Konsumanreize zum Beispiel haben keine zielgerichtete transformative
26 Wirkung. Stattdessen gibt es zahlreiche sinnvolle Ideen, wie nachhaltige
27 Investitionen in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Bauen und
28 Landwirtschaft gefördert werden können, die Deutschland und Europa den Weg in
29 eine zukunftsfähige Wirtschaft ebnen können. Rückwärtsgewandte
30 Wirtschaftsbereiche, etwa im Bereich fossiler Technologien, müssen dagegen
31 konsequent ausgebremst werden. Es ist auf allen Ebenen Klarheit zur Richtung der
32 wirtschaftlichen Transformation zu schaffen!

33 Der Green Deal der Europäischen Kommission ist ambitioniert und sollte von
34 Grüner Politik unterstützt werden. Alle nationalen Konjunkturpakete sollen mit
35 dem EU Green Deal in Einklang gebracht werden. Wo möglich sollte auch der €750
36 Mrd. Next Generation EU-Plan der Kommission für die Umsetzung des Green Deal
37 nutzbar gemacht werden.

38 Durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen könnten öffentliche
39 Haushalte jährlich geschätzt über €50 Mrd. einsparen. Hunderte Milliarden

40 entgehen Deutschland und Europa jedes Jahr durch die Toleranz von Steueroasen
41 und – Schlupflöchern. Diese Mittel können, ganz ohne neue Schuldenaufnahme, die
42 Investitionen zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation finanzieren.

43 2. **Eine gerechtere Verteilung der** 44 **Einkommensstützen**

45

46 Die Bundesregierung hat zahlreiche Erleichterungen für Kurzarbeit beschlossen.
47 Diese Leistungen werden jedoch nicht vom Bundeshaushalt finanziert, sondern von
48 jenen, die Beiträge bezahlen. Zwar hat die Bundesagentur für Arbeit erhebliche
49 Rücklagen, aber untere Einkommen tragen hier viel mehr bei als zu
50 Steuereinnahmen: Nicht nur zahlen auch niedrige Einkommen den festen
51 Beitragssatz ab dem ersten Euro, sondern die Beitragsbemessungsgrenze sorgt
52 dafür, dass höhere Einkommen prozentual sogar weniger zahlen als niedrige
53 Einkommen. Die Bevölkerungsteile mit geringen Einkommen müssen gezielt entlastet
54 werden.

55 Die Corona-Krise hat zu Ausgaben von über 30 Milliarden Euro geführt, die
56 teilweise auf die Ausweitung der Unterstützung zurückgehen (Einkommenshilfen
57 wurden aufgestockt und der Arbeitgeberbeitrag übernommen). Es ist nicht gerecht,
58 dass diese spezifischen Corona-Maßnahmen überproportional von niedrigen
59 Einkommenschichten gestemmt werden.

60 Auch darüber hinaus sind von den Auswirkungen der Krise Gering- und
61 Durchschnittsverdiener, die häufig in Kurzarbeit oder ganz arbeitslos geworden
62 sind, deutlich stärker betroffen als Besserverdienende und Vermögende, die
63 zumeist lediglich ihren Arbeitsort verlegt haben. Das muss sich auch in der
64 Frage der Lastenteilung von staatlichen Ausgaben widerspiegeln und wird somit zu
65 einer Verteilungsfrage: Zur Bewältigung der Corona-Krise muss auch eine
66 Verlagerung der hohen Steuer- und Abgabenlast von geringen und mittleren
67 Einkommen hin zu Spitzeneinkommen, Erbschaften und Ressourcen gehören. Eine
68 einmalige Vermögensabgabe kann ebenfalls ein zielführendes Instrument sein,
69 damit die Corona-Pandemie die ohnehin große Ungleichheit in unserer Gesellschaft
70 nicht noch verstärkt.

71 3. **Effektive Überlebenshilfen für KMUs**

72

73 Die unmittelbare Reaktion des Bundes und vieler Länder auf die Corona-bedingten
74 Herausforderungen von KMUs war größtenteils angemessen: rasche und
75 unbürokratische Kreditlinien zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Je
76 länger die Corona-Krise jedoch andauert, desto weniger zielführend werden diese
77 Art von KMU-Liquiditätshilfen, da die Gefahr der bilanziellen Überschuldung
78 wächst.

79 Um eine Welle von Insolvenzen zu verhindern und Arbeitsplätze zu sichern, ist
80 auf Wunsch der Unternehmen eine Umwandlung von notleidenden KMU-Krediten in
81 stille Beteiligungen oder Kredite mit unbegrenzter Laufzeit, qualifiziertem
82 Nachrang und Sondertilgungsoptionen vorteilhaft. Eine Wandlung von Fremd- in KMU
83 Eigenkapitalbeteiligungen bzw. in unbefristetes Fremdkapital muss an
84 Vereinbarungen über ein nachhaltiges Wirtschaften gekoppelt sein.

85 Falls KMUs auch nach dieser zweiten Chance die Insolvenz nicht abwenden können,
86 wird der Staat einen Verlust machen. Zur fairen Finanzierung der Verluste sollte

87 ein transparenter Fonds aufgebaut werden, der diese Verluste möglichst durch
 88 Gewinne aus Dividenden und Anteilsrückkäufen ausgleicht. Sollte dies nicht
 89 ausreichen, können zum Ausgleich Aufschläge auf Unternehmen- oder
 90 Vermögensteuern erhoben werden. In Frankreich gibt es bereits seit 25 Jahren
 91 eine vergleichbare Institution.

92 Für viele kleine Dienstleistungsbetriebe (z.B. Gastronomie, Bühnen, Friseure
 93 usw.) stellen behördlich angeordnete Schließungen eine besondere
 94 Herausforderung dar, weil Mietkosten für die Gewerberäume trotz zwangsweise
 95 fehlenden Umsatzes weiterhin voll anfielen. Das kann sich an Corona-Brennpunkten
 96 wiederholen. Hier muss die Bundesregierung eine angemessene Lösung in
 97 Zusammenarbeit mit der Immobilienwirtschaft finden und sie für die Zeit der
 98 Zwangsschließung zu einer Mietzinssenkung verpflichten (z.B.

99 **4. Kontrolle bei Aktiengesellschaften nutzen**

101 In größeren Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, muss der Staat seine
 102 Verantwortung wahrnehmen. Stille Beteiligungen sind hier nicht sinnvoll. Der
 103 Staat geht als Kapitalgeber erhebliche Risiken ein. Deshalb dürfen Steuermittel
 104 nicht zur Stützung angeschlagener Konzerne verwendet werden, ohne den Schutz des
 105 Gemeinwohlinteresse an oberste Stelle zu setzen. Stattdessen sollten diese
 106 Unternehmen nach ESG-Kriterien umgewandelt werden.

107 Steuervermeidungsstrategien müssen ebenso ausgeschlossen werden wie
 108 Aktienrückkäufe oder Dividendenzahlungen oberhalb der Inflationsrate, solange
 109 die staatliche Beteiligung andauert. Für Managergehälter empfehlen sich
 110 Deckelungen. Eine verbindliche Verpflichtung zu klimafreundlicherem, sozial-
 111 ökologischem Wirtschaften mit nachprüfbarer Performance Indikatoren und
 112 Sanktionsmechanismen muss eine weitere Verpflichtung sein.

113 Im Hinblick auf Corporate Governance-Kriterien gehört zu einer Deckelung der
 114 Vorstands- und Aufsichtsratsentlohnungen auch die Einführung und Umsetzung eines
 115 Plans zur Förderung von Frauen in Führungspositionen und ggf. zur Stärkung der
 116 Mitbestimmung im Unternehmen.

117 Für Teilnehmer an globalen Wertschöpfungsnetzen sind die Kriterien des geltenden
 118 Corporate-Governance-Kodex auf Supply Chain Governance zu erweitern.
 119 Insbesondere ist die Verantwortung deutscher Unternehmen für solche Lasten
 120 durchzusetzen, die von Personen getragen werden, die im Ausland zum
 121 wirtschaftlichen Erfolg deutscher Handelspartner beitragen, aber dennoch von
 122 Verhandlungen ausgeschlossen sind oder nicht ausreichend beteiligt werden. In
 123 erster Linie ist dazu die Einführung verbindlicher und sanktionsbewehrter
 124 menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten erforderlich.

125 **5. Funktionsfähigkeit von Kommunen sichern**

127 Kommunen erbringen bei u.a. Gesundheits- und Mobilitätsinfrastruktur, Bildung
 128 und Kultur tagtäglich spürbare staatliche Leistung mit zentraler Rolle für die
 129 Bürger*innen.

130 Maßnahmen des Bundes welche den Erhalt der kommunalen Tragfähigkeit zum Ziel
 131 haben, müssen daher sowohl alle Corona-bedingte Haushaltsmindereinnahmen
 132 (Steuermindereinnahmen wie auch Verluste bei den Kita-Beiträgen), als auch

133 Mindereinnahmen der kommunalen Unternehmen in den Blick nehmen. Hinzu kommen
134 Corona-bedingt Ausgabensteigerungen, bspw. bei den Sozialausgaben, Soforthilfen
135 für Kulturschaffende, etc.

136 Da die Kommunen in der Regel ihre Schuldenbremse nicht wie der Bund
137 konjunkturbedingt lockern können, sind klare Regelungen für Bundeshilfen über
138 das Jahr 2020 hinaus dringend erforderlich, insbesondere für die Jahre 2021 und
139 2022, um eine Haushaltsaufstellung ohne prozyklische Ausgabenkürzungen zu
140 ermöglichen. Kommunale Träger organisieren dabei oft Pflege, Gesundheit und
141 soziale Dienstleistungen deren Beschäftigte gerade in der Corona-Krise Großes
142 geleistet haben aber gering entlohnt werden. Investitionen in Bildung und
143 Gesundheit zahlen sich für das Gemeinwohl aus, motivierte und gerechte Bezahlung
144 gehört dazu. Staatliche Unterfinanzierung[1] des Bildungssystems in Deutschland
145 ist nicht weiter hinzunehmen. Staatliche Einrichtungen des Gesundheitswesens
146 können und sollten mit Qualitätsoffensiven, menschlichen Arbeitsbedingungen und
147 Digitalisierung zu Zukunftsfähigkeit voranschreiten.

148 [1] Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Öffentliche Ausgaben für Bildung in %
149 des BIP (03/2019), Öffentliche Ausgaben für Bildung in jeweiligen Preisen
150 (09/2018)

151 Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)